

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 112 (2015)
Heft: 1

Artikel: "Das grösste Problem sind Personen ohne Berufsausbildung"
Autor: Jaques, Françoise / Fritschi, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Das grösste Problem sind Personen ohne Berufsausbildung»

Gespräch mit Françoise Jaques, Leiterin des Sozialamts des Kantons Waadt, und Nicole Wagner, Leiterin der Sozialhilfe Basel, über den Sozialstaat, die Akzeptanz der Sozialhilfe in der Bevölkerung und die bevorstehende Richtlinienrevision.

Frau Jaques, Frau Wagner, wo drückt in Ihrem Kanton der Schuh in sozialen Fragen am meisten?

Françoise Jaques: Bevor ich auf Probleme zu sprechen komme, möchte ich festhalten, dass sich die Situation im Kanton Waadt im Vergleich zu vor zehn Jahren verbessert hat. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden hat sich stabilisiert, der Kanton hat seine Schulden abgebaut und der Wirtschaft geht es gut. Ein grosses soziales Problem ist der Zugang zu günstigem Wohnraum. Die Hälfte der Sozialhilfekosten sind Mietkosten. Für Personen, die wenig oder kein Einkommen haben, ist die Situation extrem schwierig. Ein zweites grosses Problem sind Personen ohne Berufsausbildung. Betroffen sind insbesondere junge Sozialhilfebeziehende und Working Poor.

Nicole Wagner: In Basel verzeichnen wir in den letzten Jahren eine leichte, aber stetige Zunahme der Sozialhilfebeziehenden. Unser grösstes Problem dabei sind die Niedrigqualifizierten. Sie haben kaum Chancen, eine Arbeit zu finden, von der sich leben lässt. Die Ausgangslage in Basel wird dadurch erschwert, dass die ansässige Industrie vor allem mittel- und hochqualifizierte Arbeitskräfte sucht. Dass sich Niedrigqualifizierte oft weder in

Deutsch noch in Französisch oder Englisch ausdrücken können, kommt erschwerend hinzu. Die Problematik auf dem Wohnungsmarkt kennen wir natürlich auch. Und auch hier gilt: Wer mehrfach benachteiligt ist, hat noch grössere Probleme.

Die Leistungen des Schweizer Sozialstaats werden im aktuellen politischen Klima immer mehr hinterfragt. Wie nehmen Sie in Ihrem Kanton die Stimmung gegenüber der Sozialhilfe wahr?

Wagner: Vor einem Jahr hätte ich gesagt, dass wir in Basel kein Akzeptanzproblem haben. Seit in den Medien vermehrt über die Sozialhilfe geschrieben wird, wird die Sozialhilfe und ihre Leistungen vermehrt in Frage gestellt. Durch die meist negativen Berichte scheint es heute fast ein wenig so, als ob die Sozialhilfe für alle möglichen Probleme zuständig sei.

Jaques: Ich erlebe das ähnlich. Die Sensibilität gegenüber Sozialhilfethemen hat zugenommen, die Toleranz hat abgenommen. Das bedingt eine regelmässige und transparente Kommunikation über unsere Kontroll- und Integrationsprogramme – das sind die beiden wirksamsten Massnahmen in der Sozialhilfe. Aber ich →



Françoise Jaques (links) und Nicole Wagner im Gespräch über aktuelle sozialstaatliche Herausforderungen.

Bilder: Béatrice Devènes

«Ich würde einen schweizweiten Ausgleich begrüßen, der in allen Sozialsystemen zur Anwendung gelangt.»

Nicole Wagner



→ denke, die Bevölkerung ist sich nach wie vor bewusst, dass es in jeder Gesellschaft Solidarität und sozialen Zusammenhang braucht. Bei der Abstimmung über die Ergänzungsleistungen für Familien beispielsweise erzielte die Vorlage rund 65 Prozent Zustimmung.

Wagner: Wir haben viele Medienanfragen. Da werden wir dahingehend gefragt, ob wir die Leute «verwöhnen». Ich erkläre dann, dass die Ursache für die steigende Sozialhilfequote nicht bei der Sozialhilfe selbst liegt. Das lässt sich beispielsweise anhand der Arbeitslosenquote zeigen. Während es vor ein paar Jahren im Durchschnitt ein Jahr dauerte, bis man eine Arbeit gefunden hatte, die der Qualifikation entspricht, dauert es heute mehr als anderthalb mal so lang. Nach zwei bis drei Jahren verlieren viele Leute aber sowohl ihre beruflichen als auch sozialen Kompetenzen. So potenzieren sich die Probleme gegenseitig, und das wirkt sich dann auf die Sozialhilfequote aus.

Je komplexer die Zusammenhänge, desto schwieriger ist die Kommunikation?

Jaques: Dass wir die Zusammenhänge und unsere Massnahmen immer wieder erklären, hilft, den Druck zu vermindern. Drei Massnahmen haben ganz besonders dazu beigetragen, Druck von der Sozialhilfe wegzunehmen: Die Überbrückungsleistungen für ausgesteuerte Arbeitslose kurz vor der Pensionierung. Die Massnahme zielt darauf ab, ihnen eine vorzeitige Pensionierung ohne Abstriche bei der Rente zu ermöglichen. Mit den Ergänzungsleistungen für Familien unterstützen wir Working-Poor-Familien, die nicht in die Sozialhilfe gehören. Die dritte wichtige Massnahme zielt darauf ab, jungen Sozialhilfebeziehenden eine Ausbildung oder ein Stipendium zu ermöglichen.

Wagner: Bei uns bewährt sich in dem Zusammenhang, dass wir eine interinstitutionelle Strategieguppe zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit haben. Wir versuchen, Problemfälle sehr früh zu erkennen und Jugendliche bei der Suche nach einer Ausbildung oder Lehrstelle zu begleiten. Dazu wurden viele un-

terschiedliche Brückenangebote für Jugendliche geschaffen, die es ihnen erlauben, sich sprachliche und schulische Kompetenzen anzueignen. Damit erzielen wir sehr gute Resultate.

Mit solchen Massnahmen kann man die Sozialhilfe entlasten, dafür fallen anderswo «Sozialkosten» an. Nun herrscht in der Schweiz ein breiter Konsens darüber, dass der Staat seine Kosten im Griff haben sollte. Haben Sie eine Idee, wie sich das Dilemma zwischen sozialem und ökonomischem Handeln überwinden lässt?

Jaques: Das muss kein Dilemma sein. Beides sind wichtige Kriterien, um eine stabile Situation zu erhalten. Wenn wir ein gutes System haben, das die sozialen Risiken abfedert, schafft das ein Gleichgewicht, von dem auch die Wirtschaft profitiert. Auf der anderen Seite schafft eine gesunde Wirtschaft die Voraussetzung dafür, das Funktionieren unseres sozialen Systems zu garantieren. Und die Unternehmen sind die ersten Ansprechpartner der Sozialhilfe, wenn es darum geht, Massnahmen zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt und Berufsausbildungen zu ermöglichen.

Wagner: Die Investitionen in die soziale Sicherheit sind eine Investition in das Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft. In Basel haben wir allerdings eine spezielle Situation, weil die grossen Arbeitgeber internationale Industrieunternehmen sind. Die Möglichkeiten, mit ihnen zu verhandeln, sind beschränkt. Wir müssen deshalb auf langfristige Investitionen setzen, etwa indem wir Niedrigqualifizierten Weiter- und Nachholbildungen ermöglichen. Solche Massnahmen zeigen keine kurzfristigen Resultate. Ihr Erfolg ist deshalb schwierig zu kommunizieren.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Diskussion über die SKOS-Richtlinien?

Wagner: Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Diskussion über die Richtlinien zu mehr Akzeptanz bei den Kantonen und Gemeinden führt. Das ist enorm wichtig für unsere Arbeit.



«Für ein wirksames Anreizsystem braucht es einen Fächer von gezielten Integrationsangeboten.»

Françoise Jaques

In welche Richtung soll die Revision gehen?

Wagner: Ich denke, die Anreizsysteme müssen reflektiert werden. Die neuste Studie kommt zum Schluss, dass die kantonalen Unterschiede gross sind und dementsprechend ihre Wirkung nicht überall und in allen Bereichen den Erwartungen entspricht. In Basel werden die Integrationszulagen sehr zurückhaltend gesprochen. Das erhöht den Anreiz, eine Arbeit zu suchen. Wenn ausserdem jeder Kanton die Anreizmöglichkeiten anders definiert, ist das der allgemeinen Akzeptanz der Richtlinien kaum zuträglich.

Die Waadt hat die letzte Revision von 2005, mit der das Anreizsystem eingeführt wurde, nicht umgesetzt. Was erwarten Sie, Frau Jaques, von der aktuellen Richtlinienrevision?

Jaques: Ein Grund, weshalb der Kanton Waadt das Anreizsystem nicht eingeführt hat, war, dass wir damals nicht über die nötigen Integrationsangebote verfügten. Heute sieht das anders aus: Wir haben zahlreiche Integrations- und Ausbildungsprogramme entwickelt und wir haben die Empfehlungen der SKOS im Hinblick auf die Integration junger Sozialhilfebezügler übernommen. Sie erhalten einen reduzierten Grundbedarf, und sie werden bei der Suche nach einer Anstellung oder einem Ausbildungsplatz aktiv unterstützt. Für ein wirksames Anreizsystem braucht es einen Fächer von gezielten Integrationsangeboten.

Solche Programme zu unterhalten, ist die Aufgabe der Kantone, nicht der SKOS.

Wagner: Man kann die Kantone nicht zu Massnahmen und Angeboten zwingen, dazu bräuchte es ein Bundesrahmengesetz. Das Wichtigste ist, dass wir die Unterwanderung des gemeinsamen Konsenses stoppen können. Die SKOS-Richtlinien sollten die gleiche Akzeptanz erlangen wie die SIA-Normen in der Architektur, über die auch nicht immer wieder diskutiert wird.

Braucht es eher eine grössere oder eher eine geringere Verbindlichkeit der Richtlinien?

Jaques: Ein Wettbewerb auf der Ebene der Sozialleistungen ist äusserst schädlich. Trotzdem muss jeder Kanton die Möglichkeit haben, eine Sozialpolitik zu entwickeln, die seinen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entspricht.

Was können die Deutschschweizer vom Westschweizer Ansatz und umgekehrt die Westschweizer vom Deutschschweizer Ansatz lernen?

Jaques: In den französischsprachigen Kantonen gibt es Finanzierungsmodelle für die Sozialhilfe, die zum einen auf einer Kostenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und zum anderen auf einem Lastenausgleich unter den Gemeinden basieren. Damit wird verhindert, dass eine einzelne Gemeinde zu hohe Sozialhilfekosten tragen muss.

Wagner: Als urbane Stadtgemeinde wachsen unsere Probleme stärker als an anderen Orten. Die Auswirkungen beispielsweise von ALV- und IV-Revisionen spüren wir viel stärker und schneller. Ich würde eine Kostenverteilung auf Bundesebene begrüssen, einen schweizweiten Ausgleich, der in allen Sozialsystemen zur Anwendung gelangen würde. Dass die Sozialhilfe nicht auf der gleichen Staatsebene behandelt wird, ist ein grosses Handicap.

Was könnte die Romandie von den Deutschschweizer Kantonen lernen?

Jaques: Mich interessieren Präventionsmassnahmen im Gesundheitsbereich und Ansätze zum interinstitutionellen Austausch zum Wohl der Klienten, die es in verschiedenen Deutschschweizer Kantonen gibt. ■

Gesprächsleitung
Michael Fritschi